

PRESSEMELDUNG

25. September 2019

Insa-Umfrage im Auftrag der MIT

Zuwanderung, Migration und Flüchtlinge dringendstes Thema

Das Thema Zuwanderung, Migration und Flüchtlinge sollte die Bundesregierung am dringendsten angehen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). 32 Prozent der Befragten gaben diesen Themenkomplex an. An zweiter Stelle mit 28 Prozent folgen Umwelt, Klima und Tierschutz. Jeweils 17 Prozent nannten Rente und Altersarmut sowie Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Ungleichheit als dringendste Themen. Die Frage wurde ohne vorgegebene Antwortmöglichkeit gestellt.

Die MIT veranstaltet am 27. und 28. September ihren 14. Bundesmittelstandstag in Kassel. Der Kongress steht unter dem Motto "Wir alle sind Wirtschaft". In der Umfrage gaben 48 Prozent der Befragten an, dass es eine positive Auswirkung auf sie habe, wenn es der deutschen Wirtschaft gut geht. 41 Prozent dagegen sind der Meinung, eine gute Wirtschaft habe keine Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Situation. "Immerhin einer knappen Mehrheit ist bewusst, wie wichtig eine florierende Wirtschaft für sie ist", sagt MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. "Das Ergebnis zeigt aber auch, dass wir mit unserem Leitsatz "Wir alle sind Wirtschaft" einen wichtigen Punkt setzen: Nur eine erfolgreiche Wirtschaft kann Wohlstand, soziale Sicherheit und hohe Umweltstandards garantieren." Ein besseres Bild ergibt sich bei deutschen Unternehmen: 53 Prozent bewerten sie positiv, nur 13 Prozent negativ.

Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition wird eher kritisch gesehen: 35 Prozent sehen eher negative Auswirkungen der GroKo-Politik auf die Wirtschaft. 30 Prozent sehen positive, 20 Prozent keine Auswirkungen. Als dringendste Aufgaben der Wirtschaftspolitik wurden genannt: Infrastruktur (40 Prozent), Bürokratieabbau (40 Prozent), vollständige Soli-Abschaffung (40 Prozent), Energiekosten senken (39 Prozent), Lohn- und Einkommensteuer senken (37 Prozent). Linnemann: "Es zeigt sich, dass die MIT den richtigen Fokus hat. Der Leitantrag zum Bundesmittelstandstag umfasst alle fünf Schwerpunkte der Befragten. Wir müssen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur – Breitband, 4G und 5G – unsere Anstrengungen enorm verstärken. Wir brauchen ein einheitliches digitales Unternehmensregister, um Unternehmen von Bürokratie und Dokumentationspflichten zu entlasten. Genauso müssen wir die Bürger und Unternehmen von hohen Steuerbelastungen und Energiekosten befreien – erst recht in konjunkturell heiklen Zeiten."

Die **aktuelle wirtschaftliche** Lage bewerten 51 Prozent positiv und nur 18 Prozent negativ. Allerdings blicken die Befragten skeptisch in die Zukunft: 34 Prozent erwarten in den nächsten zwei Jahren Verschlechterungen, 31 Prozent rechnen mit Verbesserungen. Selbstständige und Freiberufler sind etwas optimistischer als der Durchschnitt.

Ein anderes Bild zeigt sich bei der **persönlichen wirtschaftlichen Situation**. Diese schätzen 41 Prozent der Befragten als gut, 23 Prozent als schlecht ein. 24 Prozent erwarten in den nächsten zwei Jahren eine Verbesserung ihrer Situation, 21 Prozent eine Verschlechterung. Bei den Selbstständigen und Freiberuflern rechnen 40 Prozent mit einer Verbesserung und nur 14 Prozent mit einer Verschlechterung.

Die größte Wirtschaftskompetenz schreiben die Befragten der CDU zu. Zusammen kommen CDU und CSU auf 29 Prozent. Weit abgeschlagen folgen SPD und FDP mit je neun Prozent.

Die Umfrage wurde vom 5. bis 9. September 2019 als Online-Befragung durchgeführt.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU (MIT) ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Soziale Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein.

Kontakt
Hubertus Struck
Leiter Kommunikation
MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3
10117 Berlin
T: 030 220798-17
M: 0174-1728452

struck@mit-bund.de www.mit-bund.de